

Vortrag am 23. September 2023 in Bielefeld. MES-Tagung „Christen im Widerstand und gegen Krieg – gestern und heute, am Beispiel Erwin Eckert“ Kurzfassung auf der Homepage der MES.

Liebe Freunde **des Friedens, der sozialen Gerechtigkeit und der realen Demokratie,**

„Krieg oder Frieden? Erwin Eckerts Kampf für den Frieden und seine Lehren für heute“, so lautet mein Thema. Die Aktualität ist in der brandgefährlichen Situation, in der wir uns befinden, unmittelbar deutlich. Alle Aussagen von Eckert von 1945 bis 1963 sind nachlesbar in **„Antifaschismus-Frieden-Demokratie“**.¹

Eckerts Beispiel hilft, in der Gegenwart Orientierung zu finden bei der Frage **„Was tun?“** **„Ohne Analogien gibt es keine geschichtliche Erkenntnis“**.

1914 hatte Erwin Eckert (1893-1972) sich als 21jähriger Sozialdemokrat in Mannheim freiwillig zum Kriegsdienst gemeldet. Nach seinem Lebenslauf von 1919 trat die Wende in seiner Einschätzung des Krieges 1916 ein. **„Die Enttäuschung war bitter für mich, als ich [...] immer deutlicher erkannte, um was eigentlich gekämpft wurde; und ganz zusammen brach mein Glaube an die innere Berechtigung zum Kampfe und Blutvergießen, als im Dezember 1916 die Anfänge der Vaterlandspartei² zeigten, daß es [...] um die brutale Erreichung der ‚Weltmacht Deutschlands‘, um die materielle Ausdehnung und Machtgier kapitalistisch orientierter Kreise unseres Volkes ging“**.³

Wie sehr die zeitgleiche Einschätzung Eckerts, späteren **wissenschaftlichen Ansprüchen standhält**, geht aus Abendroths **„Geschichte der deutschen Gewerkschaften“** hervor, in der es heißt: **„Die hemmungslose Propaganda der annexionistischen ‚Vaterlandspartei‘, die [...] unterstützt von der Schwerindustrie, alle Masken fallen ließ und einen ‚Siegfrieden‘ forderte, der halb Europa den Mittelmächten unterwerfen sollte, [...] hatte die Illusion des August 1914, daß Deutsch-**

¹ Friedrich-Martin Balzer, Antifaschismus-Frieden-Demokratie. Erwin Eckert 1893-1972. Reden und Texte. 2 Bände, Neue Impulse Verlag Essen, 2021, 823 Seiten.

² Siehe: Manfred Weißbecker, Deutsche Vaterlandspartei, in: Dieter Fricke u.a., Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). In vier Bänden, Band 2, Köln 1984, S. 391-403.

³ Erwin Eckert, Predigt am Buß- und Betttag am 23. November 1919 (Text: Offenbarung Johannes 21,3.4 und 7). In: Nachlass Erwin Eckert.

land einen Verteidigungskrieg führe, bei den Massen der arbeitenden Bevölkerung zerstört.“⁴

Als Sozialdemokrat trennte er sich in einem schmerzhaften Lernprozess vom „Geist von 1914“ und von der „Burgfriedenspolitik“, als Christ nicht nur von der „Kriegstheologie“.

Die Schlachten von Verdun waren geradezu *das Schlüsselerlebnis* seines Lebens. In seiner Predigt am Buß- und Betttag am 23. November 1919 stellte der 26jährige den **Gottesbegriff aller europäischen Völker in Frage**, weil sie alle zu demselben Gott gebetet hatten als einem Gott, **der ihnen und nur ihnen den Sieg verleihen sollte, weil sie ja angeblich sein Volk seien.**

Die Deutschen hätten an den „Gott *ihres* Volkes“ (Stichwort: „**chosen people**“) geglaubt, hätten gebetet „um ein **großes starkes Weltreich Deutschlands**, um Sicherungen des Reiches durch Besitz und Rechte in den Ländern unserer Feinde, um Anteil und Einfluss an der Bestimmung der Erdengeschicke aller Völker“.⁵

Gott aber habe als Ziel „**die Menschwerdung aller**“, das heißt „**ein Reich der Liebe, der Gerechtigkeit, der Freude und des Friedens. Das Reich, in dem jeder ein Mensch ist, ein Kind Gottes, [...] ein Reich, in dem alle Menschen gleich sind, an Recht und Existenz, nicht nur vor Gott, sondern untereinander, ein Reich, in dem nicht mehr das Geld herrscht...**“.⁶

Eckert wollte „**das Reich der Gerechtigkeit und Gleichberechtigung, der Menschlichkeit und der Liebe heraufführen**“.⁷ Und er fragte jene, die „**die kapitalistische Wirtschaftsordnung** aus Nützlichkeits- und Vorurteilsgründen als unumgänglich notwendig“ verteidigten, ob sie es verantworten könnten, daß sie „**die Gesamtheit des Volkes nicht an seiner eigenen Verwaltung und Regierung teilnehmen lassen**“.⁸

Für den Christen Eckert war eine **Aussöhnung mit dem Militarismus, dem Auswuchs der herrschenden Staats- und Gesellschaftsordnung, fortan unmöglich**, ganz im Sinne von **Jean Jorès**, dem 1914 ermordeten

⁴ W. Abendroth, Die deutschen Gewerkschaften. Weg demokratischer Integration, Heidelberg 1954, S. 20.

⁵ Erwin Eckert, Predigt am 23. November 1919.

⁶ Ebenda.

⁷ Ebenda.

⁸ Ebenda.

französischen Sozialisten: „**Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen**“.

Aus innerer Überzeugung konnte Eckert auch die **zweite Strophe der Internationale** mitsingen: „Uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun.“ „**Der Kampf um den Sturz des Kapitalismus und der Aufbau der sozialistischen Ordnung ist darum auch nach unserer Auffassung nicht Aufgabe eines Volkstribuns, noch eines Kaisers, noch eines Gottes, sondern die Aufgabe und das Werk der Arbeiterklasse selbst. Zur Arbeiterklasse aber gehören wir auch.**“⁹

Das, so Eckert, sei der **Sinn der zweiten Strophe der „Internationale“**, „die sich dagegen wendet, daß die Massen etwa glauben sollen, ohne ihr **Zutun, durch irgendein Wunder oder die Handlung eines höheren Wesens** würden sie aus der Ungerechtigkeit der Gegenwart befreit werden. Wir sind allerdings überzeugt, daß [...] das **„Evangelium“ der Gerechtigkeit, des Friedens und der Liebe** ein lauter und die besten Kräfte auch der Arbeiterklasse auslösender **Ruf Gottes zum Kampf gegen die Ungerechtigkeit und Menschenunwürdigkeit der kapitalistischen Gegenwart** bedeutet.“¹⁰

Als Vikar in Pforzheim forderte er am 6. November 1920: „**Die evangelische Kirche muss vom Staat frei bleiben und von der reaktionär-politischen Beeinflussung frei werden. Die evangelische Kirche darf nie mehr für den Krieg predigen. Sie soll künden von allen Kanzeln: Völkerversöhnung und Völkerfrieden. Die evangelische Kirche darf den aus der kapitalistischen Wirtschaftsform immer wieder genährten Egoismus und die kalte Gleichgültigkeit gegen das von der kapitalistischen Wirtschaftsform verursachte Elend nicht dulden, sondern muss laut dafür eintreten, daß eine bessere, dem Brudersinn Jesu entsprechende Gestaltung unseres Wirtschaftslebens eintrete.**“¹¹

In seiner Rede „**Rüstet ab**“ bei der Friedensfeier am 28. Dezember 1930 in der Trinitatiskirche Mannheim forderte Eckert die Kirchen auf, jährlich einen **Friedenssonntag** einzuführen. Er war davon überzeugt, daß wir „bereits über die **Nachkriegszeit** hinaus in eine neue **Vorkriegszeit**

⁹ Erwin Eckert, „Es rettet uns kein höh'eres Leben, kein Gott, kein Kaiser noch Tribun“. In: Der religiöse Sozialist, Nr.20 vom 17. Mai 1931, S.89f.

¹⁰ Ebenda.

¹¹ Zit. nach: H. Dietrich, Wie es zum Bund der Religiösen Sozialisten kam, Karlsruhe (1927) S.31.

hineingeraten – und merken das nur nicht.“¹² 1932 sah er voraus, daß ein **Krieg gegen die UdSSR** drohe, ganz in Übereinstimmung mit dem Wahlslogan der KPD: „**Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler, wer Hitler wählt, wählt den Krieg**“.

Er wehrte sich gegen die maßlose Kriegshetze zahlreicher evangelischer und katholischer Geistlicher, die gegen den »**knochenerweichenden, schlappen, armseligen Pazifismus**«.¹³

In einem Gesetzentwurf der NSDAP, der 1930 im Reichstag bei den Beratungen über das Republikenschutzgesetz vorgelegt wurde, hieß es wörtlich: „Wer den sittlichen Grundsatz der allgemeinen Wehr- oder sonstigen Staatsdienstpflicht der Deutschen bekämpft [...] oder **wer zur Kriegsdienstverweigerung** oder zu sonstigen, die Landesverteidigung gefährdenden Maßnahmen **auffordert** oder wer sich selbst der gesetzlichen Pflicht zur persönlichen Dienstleistung entzieht, **wird wegen Wehrverrats mit dem Tod bestraft**.“¹⁴

Sage niemand, er habe nicht wissen können, was Faschismus bedeutet. 30.000 Todesurteile wurden von der Wehrmachtsjustiz gefällt, 20.000 Kriegsdienstverweigerer bezahlten ihren Widerstand mit dem Tod. Insgesamt wurden mehr als 50.000 Todesurteile gefällt.¹⁵

„Wir müssen“, so Eckert, „unter allen Umständen einen neuen Krieg verhindern. Wir müssen abrüsten. Wir werden gegen den Nationalismus kämpfen, der behauptet, es sei ein göttliches Naturgesetz, daß immer die Stärkeren die Schwächeren vernichten, die stärkeren Nationen die schwächeren. Wir müssen darauf dringen, daß jeder, der erwachsen ist in unserem Volk, mitbestimmt über diese letzten Fragen der Existenz unseres Volkes; schon dadurch wird die Gefahr eines neuen Krieges eingedämmt. Wir müssen aber auch die

¹² Erwin Eckert, Rüstet ab! In: Der Religiöse Sozialist. Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes, 1931, Nr. 4 vom 25. Januar 1931, S. 13. (1); Nr. 5 vom 1. Februar 1931, S. 17, (2); Unter der Überschrift „Christenvolk erwache! Kampf dem Faschismus!“ Nr. 6 vom 8. Februar 1931, S. 21 (3). Zit. nach: Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.) Protestantismus und Antifaschismus vor 1933. Der Fall des Pfarrers Erwin Eckert, Bonn 2011, 527 Seiten, hier: S. 177-182.

¹³ Ebenda.

¹⁴ Zit. nach: Ebenda.

¹⁵ Nach Joachim Perels hatten Nazijuristen „mindestens 35.000 Menschen in den Tod geschickt“. In: ders., Das juristische Erbe des „Dritten Reiches“. Beschädigung der demokratischen Rechtsordnung, Frankfurt/New York 1999, S.33. Helmut Kramer spricht inzwischen von „mehr als 50.000 Todesurteilen“. (Helmut Kramer, Als hätten sie nie das Recht gebeugt. *Ossietzky*, 2002, Heft 23, S.808–811).

Wirtschaftsordnung in allen Ländern bekämpfen, die immer wieder nach neuen Absatzgebieten, Rohstoffquellen, Kolonien ausgeht, die die nationale Wirtschaftskonkurrenz im Frieden zur blutigen Konkurrenz der Waffen im Kriege macht.“¹⁶

Geradezu **prophetisch** sah er voraus, daß der heraufziehende **Faschismus** „nach seiner Befestigung [...] **die ganze Welt auf bestialische Weise in eine zivilisatorische Katastrophe mit einem ungeheuren Verlust an Menschenleben und Sachwerten treiben**“¹⁷ wird. Zugleich wandte er sich entschieden „**gegen die völkische und Rassenhetze, die in einem grauensvollen Morden enden muss.**“¹⁸

Eckert war **nicht nur ein Revolutionär in nicht- bzw. vor- und antirevolutionären Zeiten.** Neben **Karl Barth** und **Dietrich Bonhoeffer** war er zugleich ein **Reformator der christlichen Lehre**, der, sich auf das Evangelium des Lukas berufend, glaubt, daß Gott „**die Mächtigen vom Thron stößt und die Niedrigen erhebt. Die Hungrigen füllt er mit Gütern und lässt die Reichen leer ausgehen.**“ (Luk. 1,52-53)

Eckerts **Bedeutung als reformatorischer Theologe** ist bis heute nicht ausreichend erfasst und gewürdigt worden. **Das Berufsverbot gegen Eckert, ein „Fundamentalunrecht“ (Hermann Klenner)¹⁹, ist bis heute historisch, theologisch, juristisch und politisch nicht aufgearbeitet.**

Ist dies damit zu erklären, daß er in eine Partei eintrat, die das **Privateigentum an Produktionsmitteln** grundsätzlich in Frage stellt und es zu überwinden trachtet? Näheres kann in meinem Buch „**Berufsverbot in der Kirche. Der unerledigte Fall Erwin Eckert**“²⁰ nachgelesen werden.

Hier nur so viel: Das Berufsverbot gegen Eckert war Teil der zahlreichen Kommunistenprozesse der Weimarer Republik, in denen **Freiheitsstrafen von Tausenden von Jahren** verhängt wurden. Die zugrunde gelegte „**Handlung**“ war *rechtlich substanzlos*. Die **Mitgliedschaft in der KPD, einer legalen Partei mit 1932 36% Wählerstimmen, war lediglich Vorwand, um die Gesinnung zu bestrafen.** Nach **Heinrich**

¹⁶ Erwin Eckert, Rüstet ab! Ebenda.

¹⁷ Ebenda.

¹⁸ Ebenda

¹⁹ Hermann Klenner, Kirchliche Unterdrückung eines Christen. In: Z – Marxistische Erneuerung Heft 135, S. 198f., hier: S.199.

²⁰ Friedrich-Martin Balzer, Berufsverbot in der Kirche. Der unerledigte Fall Erwin Eckert. Mit Beiträgen von Günter Brakelmann, Hanfried Müller und Hermann Schulz, Köln 2023, 192 Seiten.

Hannover, einem Mann von **glasklarem historischem Verstand**, bereitete diese Justizpraxis „den Boden für die Konzentrationslager der Nationalsozialisten, die auf den Vorwand einer strafwürdigen ‚Handlung‘ ganz verzichteten.

„Ihre Funktion, gefährliche politische Gesinnungen zu **neutralisieren**, hatte bereits jene Justiz,“ von der die Kirchenjustiz nur ein Teil war, „**vorweggenommen**, die sich nur **durch kausale Verknüpfung der Gesinnung des Angeklagten mit dem Endziel seiner Partei** den Anschein einer Bestrafung von ‚Handlungen‘ zu geben vermochte, eine Praxis, die sich selbst als politische **Tendenzjustiz** enthüllte, da sie **zu gleicher Zeit sehr konkreten Handlungen der Republikfeinde von rechts**“ – **allein 56 Pfarrer in der Badischen Landeskirche waren vor 1933 Mitglied der Nazipartei** – „**tatenlos zugeschaut, wenn nicht gar Vorschub geleistet hat.**“²¹

Mit dem Rechtsphilosophen **Gustav Radbruch** gesprochen, der in der Weimarer Republik auch Justizminister war und der sich entschieden gegen das Berufsverbot gegen den religiös-sozialistischen Pfarrer Karl Kleinschmidt wandte²²: „**Wo Gerechtigkeit nicht einmal erstrebt wird, wo die Gleichheit, die den Kern der Gerechtigkeit ausmacht, bei der Setzung positiven Rechts bewusst verleugnet wurde, da ist das Gesetz nicht etwa nur ‚unrichtiges‘ Recht, vielmehr entbehrt es überhaupt der Rechtsnatur**“.²³

Für den deutsch-israelischen Philosophen **Omri Boehm** liegt hierin „**eine subtile, aber zentrale Unterscheidung: Wo der Begriff des Rechts von der Würde und Gleichheit aller Menschen abgeschnitten wurde, ist sein Anspruch auf Autorität von innen heraus zersetzt – die Autorität des Rechts ist zur rohen Kraft des reinen Befehls geschrumpft. Eine von der Gleichheitsverpflichtung getrennte Rechtsstaatlichkeit verfügt bestenfalls über die Macht, nicht aber über das Recht, Rechtstreue einzufordern.**“²⁴

Es gereicht der Ortsgruppe **Bielefeld** des BRSD zur Ehre, daß sie nach Eckerts KPD-Eintritt 1931 Protest einlegte gegen die **Entmachtung**

²¹ Heinrich Hannover, Politische Justiz 1918-1933, Berlin 2019, S.269.

²² Gustav Radbruchs Gutachten, zuerst erschienen in: „*Die Justiz*“, Jahrgang VI, 1930/31, S.115f. Nachgedruckt in „*Zeitschrift für Religion und Sozialismus*“ (ZRS), 1931, S.279f.

²³ Zit. nach: Omri Boehm, Was wird aus Israel? In: ZEIT-online. 14. Mai 2023, S.5.

²⁴ Ebenda.

Eckerts als **1. geschäftsführender Vorsitzender und Schriftleiter des Bundesorgans** durch die **mehrheitlich erzwungene, wortbrüchige Niederlegung aller Funktionen innerhalb des Bundes**.²⁵ Der Vorsitzende des Landesverbandes Ost-Westfalen-Lippe forderte gar einen Untersuchungsausschuss, um diese **Mehrheitsentscheidung** rückgängig zu machen.

Weniger demokratisch ging es in der evangelischen Kirche Badens zu, die 1933 nach dem **Führerprinzip** umstrukturiert wurde. Die Ämter Prälät und Kirchenpräsident wurden in der Position des Landesbischofs vereinigt. Prälät Julius **Kühlewein**, als **geistlicher Leiter** innerhalb der badischen Kirchenregierung **an allen Dienstgerichtsverfahren gegen Eckert beteiligt**, ließ sich 1933 unter dem Druck der deutsch-christlichen Mehrheit in der Synode (die sog. **DC verfügten über 32 Sitze, die Positiven über 25 Sitze**) zum Landesbischof wählen. Dieser erklärte in seinem **Hirtenbrief** am 29. März 1933:

„Was wir seit Jahren gehofft und ersehnt haben, ist gekommen. Unser deutsches Volk hat sich in seiner großen Mehrheit zu einer starken nationalen Front zusammengeschlossen und sich einmütig hinter die Männer gestellt, die das Oberhaupt unseres Reiches zur Führung des deutschen Volkes berufen hat.“²⁶

Der Landesbischof sah in der **Machtübertragung an den Faschismus** „im letzten Grunde *nicht Menschenwerk, sondern Gottes Hand* und **seinen Gnadenruf an unser Volk**: [...] Darum mögen sich die führenden Männer des Staates und die Diener des Evangeliums zusammenschließen in der gleichen heißen Liebe zu unserem Volk und **in opferfreudigem Dienst für Heimat und Vaterland**“.²⁷

Anlässlich der „Volksabstimmung“ über den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund ließ der Landesbischof von allen Kanzeln verkünden: **„Unser Volk soll zeigen, daß es geschlossen hinter dem Führer steht und aus ganzem Herzen seiner Politik zustimmt ... Die evangelische**

²⁵ Siehe Friedrich-Martin Balzer, Zur Vertreibung Erwin Eckerts aus dem Bund der Religiösen Sozialisten (August-Dezember 1931). In: Friedrich-Martin Balzer/Manfred Weißbecker (Hrsg.), Erwin Eckert/Emil Fuchs: Blick in den Abgrund. Das Ende der Weimarer Republik im Spiegel zeitgenössischer Berichte und Interpretationen. Mit Nachbetrachtungen von Georg Fülberth, Reinhard Kühnl, Gert Meyer, Kurt Pätzold und Wolfgang Ruge, Bonn 2002, 646 Seiten, hier: S.559-589.

²⁶ Hirtenbrief von Julius Kühlewein vom 29. März 1933. In: Protestantismus und Antifaschismus vor 1933, a. a. O., S.497f.

²⁷ Ebenda.

*Bevölkerung unseres Landes hat Gelegenheit, an diesem Tag ein Bekenntnis der Treue und Dankbarkeit gegen unseren Führer abzulegen, den Gottes Gnade in schwerster Notzeit uns geschenkt hat[...]. Ich rufe daher alle Glieder unserer evangelischen Kirche Badens auf, am 12. November an ihrem Teil mitzuhelfen, daß dieser Tag eine einmütige Kundgebung rückhaltlosen Vertrauens zu dem Werk Adolf Hitlers werde«.*²⁸

Nach dem 30. Januar 1933 und dem von allen Landeskirchen umjubelten Machtantritt des Faschismus setzte Eckert seinen antifaschistischen Widerstand unbeugsam fort und verbrachte mehr als 5 Jahre in Gefängnissen und Zuchthäusern des Faschismus.²⁹

Dem Badischen Landesbischof Julius Kühlewein war es 1934 zu Beginn der Landessynode „ein herzliches Bedürfnis“, zu dem „erschütternden Ereignis des 30. Juni“ Stellung zu beziehen. „An diesem Tage hat der Führer unseres deutschen Volkes, unser hochverehrter Reichskanzler Adolf Hitler, mit bewundernswerter Tatkraft und unter Einsatz seiner eigenen Person hochverräterische und unsaubere Mächenschaften in unserem Volk aufgedeckt und beseitigt. Und in wenigen Stunden hat er die völlige Ordnung [ohne Gerichtsverfahren und ohne Gerichtsurteil! FMB] wiederhergestellt.“³⁰

Auf Vorschlag Kühleweins fasste die Synode den einstimmigen Beschluss, folgendes Telegramm „an den Führer“ zu senden: „Die zu einer Tagung versammelte Badische Evangelische Landessynode spricht Ihnen ehrfürchtigen Dank aus für die Entschlossenheit, mit der Sie am 30. Juni unser Volk vor schweren Wirren bewahrt haben, und versichert Sie rückhaltloser Gefolgschaft.“³¹

²⁸ Aufruf des Landesbischofs zum 12. November. In: Gesetzes- und Ordnungsblatt, Nr. 21 vom 7. November 1933, S. 139.

²⁹ Besonders schlimm war nach der Verhaftung am 13. Juni 1936 seine dreimonatige verschärfte Einzelhaft im Einzeldrahtkäfig im berühmten Gestapo-Gefängnis Klapperfeld in Frankfurt, das zugleich als Zwischenstation für die Deportation nach Auschwitz, Ravensbrück und Buchenwald fungierte. Zu den erschütterndsten Erlebnissen während seiner Haftzeit dürfte der 13tägige Häftlingstransport in Stahlketten, zu zweit an Füßen gefesselt, von Friedendiez über Frankfurt, Mannheim und Bruchsal ins Zuchthaus Ludwigsburg gewesen sein. In Frankfurt machte Eckert 1939 erneut Station im Gestapo-Gefängnis Klapperfeld, sechs Tage eingesperrt in einen „Drahtkäfig von 2m Länge, 1,15m Breite und 2m Höhe“, wie er am 17.12.1939 an seine Frau schrieb.

³⁰ „Maßgebende Stellungnahmen und rechtlich erhebliche Erklärungen des Landesbischofs (stammten) tatsächlich aus der Feder Friedrichs, bzw. (wurden) von diesem entscheidend vorbereitet“. Friedrich war der „übertragende ‚Chefjurist‘ der Landeskirche und nicht wenige haben von ihm als der ‚großgrauen Eminenz‘ hinter den jeweiligen ‚leitenden Geistlichen‘, wie Klaus Wurth, Julius Kühlewein und Julius Bender, gesprochen.“ (Alf Gabelmann, Prof. Dr. jur. Dr. h.c. Otto Friedrich. Seine Persönlichkeit und sein Wirken als Oberkirchenrat der Evangelischen Landeskirche in Baden, Karlsruhe 2017, S. 34)

³¹ Zit. nach: Verhandlungen der Landessynode der Vereinigten Evangelisch-Protestantischen Landeskirche Badens. Ordentliche Tagung vom 4. bis 6. Juli 1934, Karlsruhe 1935, S.3f.

Eckert dagegen wurde 1936 wegen Hochverrat vom Volksgerichtshof verurteilt. Grund: Unterstützung der „Roten Hilfe“ und Mitverfasser eines Flugblattes „**Das proletarische Volksgericht**“ zum angeblichen „Röhm-Putsch“ am 30. Juni 1934.

Von den 128 an Volksgerichten tätigen Staatsanwälten und Richtern konnten 120 ihre Karriere nach 1945 ungebremst fortsetzen.

Nach der Befreiung vom Faschismus leistete Eckert Widerstand gegen den Expansionsdrang des US-amerikanischen Imperialismus durch Marshall-Plan, Währungsreform und Wiederaufrüstung.³²

Eckerts uneingeschränkter **Wille zum Abbruch der Kontinuität zum faschistischen Verbrecherstaat, sein Wille zur Neugründung von Grund auf** zieht sich durch alle Reden als KPD-Abgeordneter des Badischen und Baden-Württembergischen Landtag.

Eckert beklagte, „daß es **westdeutsche Politiker** gebe, die zu einer **chauvinistischen Hetze gegen die Sowjet-Union** bereit sind, **die vergessen, was die Verbrecher des Dritten Reiches diesem Land und dem Volk angetan haben.**“³³

Heutzutage beherrschen **Geschichtsverdrängung und Geschichtsfälschung** das Bild. Jüngstes Beispiel: Kriegsminister Pistorius (SPD) behauptete, deutsche Truppen im Baltikum seien etwas, „wofür Erfahrungen fehlen“. „**Das ist Neuland für Deutschland. Wir haben noch nie Truppen im Ausland stationiert**“. Der wunde Punkt: Die Stationierung von 93.000 Soldaten 20 Jahre lang bis Mitte August 2021 in Afghanistan. Deren Kosten: schlappe 9,3 Milliarden, die jetzt z.B. bei der Kindergrund-sicherung fehlt. Und übrigens: Die Bundeswehr ist gegenwärtig international **auf 16 Schauplätzen militärisch präsent.**

Hierzulande sind die unvorstellbaren, einzigartigen Verbrechen, die im Zweiten Weltkrieg von Deutschen begangen wurden, inzwischen weitgehend vergessen, ja, sie werden im Bundestag von der AFD als

³² Karl Barth äußerte sich 1945 zum Ende des Krieges so: Daß die Deutschnationalen von 1918–1933 „mit ihren imperialistischen Ambitionen, mit ihren imperialen Allüren und mit ihren kapitalistischen Interessen die eigentlichen deutschen ‚Kriegsverbrecher‘ sind, ohne die es keinen Hitler gegeben hätte, das hat sich leider gerade in der evangelischen Kirche, die sich 1933 vor allem auf diese Partei stützte, noch nicht herumgesprochen.“ (Karl Barth: Bericht über eine Deutschlandreise (19.8.–4.9.1945). In: Die evangelische Kirche nach dem Zusammenbruch. Berichte ausländischer Beobachter aus dem Jahr 1945, bearbeitet von Clemens Vollnhals, Göttingen 1988, Nr. 33, S.112–120, hier: S.114.)

³³ Erwin Eckert in: Verhandlungen des Badischen Landtags, 1. Wahlperiode, 2. Sitzungsperiode, 13. Sitzung vom 18. Mai 1949, S. 13-18.

„**Fliegenschiss**“ verharmlost³⁴, wobei auch die übrigen Parteien fast alle daran arbeiten, die singulären Verbrechen des deutschen Faschismus (einschließlich Auschwitz) zu relativieren.

Deutsche Panzer stehen im Rahmen der NATO an russischen Grenzen, die an die Ukraine gelieferten Waffen werden u.a. benutzt, um **Ziele auf dem russischen Territorium** anzugreifen. Die **veröffentliche Meinung** schürt **antirussische Stimmungen**. Die Sowjetunion und Russland werden mit Nazi-Deutschland, Putin mit Hitler verglichen. Der CDU-Abgeordnete **Roderich Kiesewetter** forderte allein deshalb einen **Sieg der Ukraine-USA-NATO, weil Russland „verlieren lernen muss wie Deutschland 1945“**.

Der im **Potsdamer Abkommen** von allen vier Mächten der Anti-Hitler-Koalition zunächst noch gewollte **demokratische und friedliche Neubeginn ganz Deutschlands** sowie die von den Antifaschisten im „**Buchenwalder Manifest**“ „**Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg**“ im gleichen Jahr angestrebte „**Einheit der sozialistischen Bewegung**“³⁵ kamen nicht zustande. Restauration und Spaltung trugen im Westen den Sieg davon.

In der Tradition von August Bebel und Karl Liebknecht verweigerte Eckert der Regierung die abverlangten finanziellen Mittel für konventionelle und atomare Aufrüstung und sprach ihnen die Legitimation für eine „**Politik der Stärke**“ ab, auch durch Verfassungsänderungen, wie sie bis heute im Interesse des Militarismus üblich sind.

Blicken wir zunächst auf die Rede, die Eckert am 22. Mai 1948 im überfüllten Harmoniesaal von Freiburg hielt.

Zu Beginn heißt es: „Auf unserem Volk, auf Europa und der Welt, liegt der **Albdruck der Angst vor einem neuen Krieg**.“³⁶

Das ist auch gegenwärtig der Fall. Andererseits warnen die „**Vaterlandsparteien**“ von heute vor „**Kriegsmüdigkeit**“ in ihrem Bestreben, Russland zu „**ruinieren**“ (Baerbock). Sie scheuen keine Kosten, um das unerreichbare Ziel des „**Siegfriedens**“ zu **Lasten der vom Elend des**

³⁴ Die AFD kommt schon allein wegen dieser Position als Bündnispartner der Friedensbewegung nicht in Frage, auch wenn sie noch so sehr von Russland hofiert wird.

³⁵ Buchenwalder Manifest in: Wolfgang Abendroth, Aufstieg und Krise der Sozialdemokratie, Frankfurt/Main 1964, S. 123-127.

³⁶ Erwin Eckert, Krieg oder Frieden? Rede am 22. Mai 1948 im Freiburger Harmoniesaal. In: Antifaschismus-Frieden-Demokratie, a.a.O., Band 2, S. 345-364, hier: S. 345.

Krieges betroffenen Ukrainer zu erreichen. Die finanziellen Kosten wälzen sie auf die arbeitende Bevölkerung. Hier gilt: **Wer den Reichen nichts nimmt, kann den Armen nichts geben. Hochrüstung geht stets einher mit Sozial- und Demokratieabbau.**

„Sollte man nicht annehmen“, so Eckert, „daß die ungeheuren Verwüstungen und Opfer dieser sechs Jahre von 1939 bis 1945 die ganze Menschheit aufgerüttelt haben und ihr den **Wahnsinn des Krieges**, die **Sinnlosigkeit des Völkermordens** so tief in das Bewusstsein eingepägt haben, daß sogar der **Gedanke an einen neuen Krieg völlig unmöglich** ist?“³⁷ Der von Deutschland gewollte 1. Weltkrieg („Griff nach der Weltmacht“) und der von Deutschland verursachte 2. Weltkrieg kosteten mehr als **60 Millionen Tote**, davon im 2. Weltkrieg allein **27 Millionen Sowjetbürger** das Leben.

In einer seiner ersten öffentlichen Verlautbarungen vom 16.1.1946 hatte Eckert geschrieben **„Militarismus und Kapitalismus, ihre Kriegsin-
dustrie, die Hochfinanz, die Trusts und der Großgrundbesitz kann-
ten und kennen kein anderes Mittel ihrer Politik als imperialistische
Welteroberungspläne, als Krieg und immer wieder Krieg.“**³⁸

Die NATO sei, so Eckert am 25. März 1949 im Badischen Landtag. **„das
Kernstück einer systematischen Einkreisung der sozialistischen
Sowjetunion und der Staaten, die den Frieden wollen“**. Die NATO
sei **„ein Kriegspakt des Weltkapitalismus gegen die um ihr Recht
kämpfenden Arbeitermassen aller Länder, gegen die unterdrückten
Kolonialvölker, gegen den Sozialismus.“**³⁹

Dabei hat sich die **Zielsetzung der NATO** – entgegen allen ursprünglichen Rechtfertigungen (so die **Lüge von der „Bedrohung aus dem Osten“** „**Die Russen kommen**“) – nach dem Ende der Sowjetunion und des Warschauer Paktes **keineswegs geändert**.

Die völkerrechtswidrigen NATO-Kriege gegen Jugoslawien, Afghanistan, Libyen und Syrien sind eindeutige Belege. Verdrängt ist die **Beteiligung der BRD unter Rot-Grün am völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der**

³⁷ Ebenda.

³⁸ Erwin Eckert, Wahlaufuf vom 16.1.1946.

³⁹ In: Verhandlungen des Badischen Landtags, 1. Wahlperiode, 2. Sitzungsperiode, 10. Sitzung vom 25. März 1949, S. 3.

NATO, bei dem 78 Tage lang Tag und Nacht Jugoslawien bombardiert wurde, von wegen der erste Krieg in Europa nach 1945.

Die noch nicht abgeschlossene **Einkreisung Russlands** durch die „**Osterweiterung**“ der NATO bis unmittelbar an die Grenzen Russlands widerspricht dabei u.a. den Zusagen und Aussagen der westlichen Verhandlungsführer beim 2+4-Vertrag⁴⁰ und den Warnungen von 50 US-amerikanischen Sicherheitsexperten im Jahre 1997, die die Osterweiterung der NATO eine „**Fehlentscheidung historischen Ausmaßes**“⁴¹ nannten.

So hat jedes Ereignis in der Geschichte seine **Vorgeschichte**. 2001 sprach **Putin** vor dem **Deutschen Bundestag** über gesamt-, nicht nur westeuropäische **Kooperation**.

Und auf der **Münchener Sicherheitskonferenz** beklagte Putin „eine fast unbegrenzte, hypertrophierte Anwendung von Gewalt – **militärischer Gewalt – in den internationalen Beziehungen**“.

Warnend hatte Putin noch am 21. Februar 2022 erklärt: „Nachdem die USA den INF-Vertrag gekündigt haben, hat das Pentagon offen zahlreiche landgestützte Angriffswaffen entwickelt, darunter ballistische Raketen, die Ziele in einer Entfernung von bis zu 5.500 km treffen können. Wenn solche Systeme in der Ukraine stationiert werden, können sie Ziele im gesamten europäischen Teil Russlands erreichen. Die Flugzeit von Tomahawk-Marschflugkörpern nach Moskau wird weniger als 35 Minuten betragen; ballistische Raketen aus Charkow benötigen sieben bis acht Minuten und Hyperschall-Angriffswaffen vier bis fünf Minuten. **Das ist wie ein Messer an der Kehle**. Ich habe keinen Zweifel daran, daß sie hoffen, diese Pläne zu verwirklichen, wie sie es in der Vergangenheit schon oft getan haben, indem sie die **NATO nach Osten ausdehnten, ihre militärische Infrastruktur an die russischen Grenzen verlegten und unsere Bedenken, Proteste und Warnungen völlig ignorierten.**“

Der **Westen schwieg** und rüstete stattdessen die Ukraine im **Stellvertreterkrieg gegen Russland** mit immer neuen Waffen bis auf den heutigen

⁴⁰ „Am Ende des „Kalten Krieges“ spielte die Sowjetunion eine entscheidende Rolle bei der Vereinigung Deutschlands und der Vereinbarung der Parameter einer neuen Architektur der Sicherheit in Europa. Dabei wurden der sowjetischen und dann der russischen Führung konkrete politische Zusicherungen gegeben, daß der NATO-Militärblock nicht nach Osten ausgedehnt werde. Die entsprechenden Verhandlungsprotokolle sind in unseren und westlichen Archiven verfügbar. Sie sind frei zugänglich.“ In: Neue Weltordnung wird geboren. Rede von Sergej Lawrow vor der UN-Vollversammlung vom 23.9.2023. In: junge welt vom 26.9.2023, S. 12f.

⁴¹ Jeffrey Sachs, In: Friedenszeitung zum 1. September 2023, S.1

Tag auf. Nach den USA mit 115 Milliarden \$ ist Deutschland weltweit das größte Geberland. Die Bundesregierung hat der Ukraine bereits Hilfen im Gesamtwert von rund 22 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt, als humanitäre Unterstützung, direkte Zahlungen oder in Form von Waffen. Stand vom 24.08.2023.

In Anbetracht dieses Sachverhalts ist die Diskussion über den **völkerrechtswidrigen Charakter des Ukraine-Krieges** noch nicht abgeschlossen. Die **UN-Charta** enthält zwar das verbrieftete Recht auf **Selbstverteidigung**. Aber **beide**, die Ukraine **und** Russland, berufen sich auf dieses Recht. Die NATO hingegen tut **fast alles, als sei** die Ukraine bereits Mitglied der NATO, um ihrer daraus erwachsenen Bündnisverpflichtung nachzukommen.

Unbeachtet bleibt die aus sozialen und politischen Kämpfen in den USA erwachsene Einsicht von **Martin Luther King, der noch immer als bloßer „Ghandist“ und Pazifist abgetan wird**: „[Ich] habe [...] klarzumachen versucht, daß es falsch ist, **unmoralische Mittel anzuwenden, um moralische Ziele zu erreichen**. Aber jetzt möchte ich fast behaupten, daß es genauso falsch ist oder noch falscher ist, **moralische Mittel anzuwenden, um unmoralische Ziele zu erreichen**“⁴² – auf dem Wege zu Frieden, gemeinsamer Sicherheit und Zusammenarbeit weltweit, sofern der Planet Erde noch bewohnbar bleibt. Vergessen ist die noch viel ältere Weisheit: **„Nicht, wer zuerst zu den Waffen greift, ist Anstifter des Unheils, sondern wer dazu nötigt.“**

„Tatsächlich“, so der US-amerikanische Berater von drei UN-Generalsekretären, Professor **Jeffrey Sachs**, „wurde der **Krieg von den USA** auf eine Art und Weise **provoziert**, die führende US-Diplomaten im Vorfeld des Krieges jahrzehntelang **vorausgesehen** hatten“.⁴³ Aber auf Diplomaten hörte man nicht in den USA. Stattdessen wurden die Interessen des militärisch-industriellen Komplexes bedient, vor dem Dwight D. **Eisenhower**, ein Mann, der es wissen musste und sich als Präsident der USA z. B. im Korea-Krieg nicht darangehalten hatte, ausdrücklich warnte – allerdings erst bei seinem Ausscheiden aus dem Amt.⁴⁴

⁴² Zit. nach: Omri Boehm, Radikaler Jenseits von Universalismus Identität, Propyläen Verlag, Berlin, 3. Auflage 2022, S. 24.

⁴³ Jeffrey Sachs in: Friedenszeitung zum 1. September 2023, S.1.

⁴⁴ In seiner Abschiedsrede als Präsident vom 17. Januar warnte Eisenhower eindringlich vor den Gefahren, die ein einflussreicher, von ihm erstmal so bezeichneter „militärisch-industrieller Komplex“ in Zukunft mit sich bringen würde: „Wir in den Institutionen der Regierung müssen uns von unbefugtem Einfluss – beabsichtigt

Die Rede des russischen Außenministers Sergei **Lawrow**⁴⁵ vor der UN-Vollversammlung am 21.9.2023⁴⁶ rekonstruiert die chronologische Kette der Ereignisse des Ukraine-Konflikts. Sie lässt den Willen Russlands erkennen, sich *streng* und *umfassend* an die Normen des in der UN-Charta verbrieften Völkerrechts zu halten. Lawrow bedient sich dabei zu Recht der verfassungsrechtlichen Methoden: historisch-genetisch, literarisch, grammatisch, systematisch und teleologisch. Daß die „**Spezielle Militärische Aktion**“, den Begriff Krieg vermeidend, und einzelne **Kampfmaßnahmen auf beiden Seiten gegen das Völkerrecht verstoßen**, ist unbestritten. Ob das zur **gesamtvölkerrechtlichen Beurteilung des Ukraine-Krieges** reicht, ist offen. Verletzungen des Völkerrechts wirft Lawrow vor allem dem „**kollektiven Westen**“ vor, der ausschließlich die Unzulässigkeit der Verletzung der territorialen Integrität ins Feld führt. Russland, so Lawrow, besteht hingegen darauf, „daß **alle Bestimmungen der UN-Charta nicht selektiv, sondern in ihrer Gesamtheit und in ihrer Wechselbeziehung beachtet und angewandt werden**, einschließlich der „**Grundsätze der souveränen Gleichheit der Staaten, der Nichteinmischung in ihre inneren Angelegenheiten, der Achtung der territorialen Integrität und des Rechts der Völker auf Selbstbestimmung**“. Die Unterstützung des „verbrecherischen Regimes in Kiew“ durch den Westen bezeichnet Lawrow als völkerrechtswidrige „**grobe Einmischung in die inneren Angelegenheiten**“ und stützt sich dabei u.a. auf die stellvertretende US-Außenministerin, Victoria Nuland, wonach **die USA fünf Milliarden \$ ausgegeben haben, um in Kiew Politiker zu fördern, die dem Westen genehm und dienlich sind**. Den „**Staatsstreich**“ in Kiew bezeichnet Lawrow als einen „**eklatanten Verstoß gegen Artikel 1.3 der UN-Charta** über die Achtung der

oder unbeabsichtigt – durch den militärisch-industriellen Komplex schützen. Das Potenzial für die katastrophale Zunahme fehlgeleiteter Kräfte ist vorhanden und wird weiterhin bestehen. Wir dürfen es nie zulassen, dass die Macht dieser Kombination unsere Freiheiten oder unsere demokratischen Prozesse gefährdet. Wir sollten nichts als gegeben hinnehmen. Nur wachsame und informierte Bürger können das angemessene Vernetzen der gigantischen industriellen und militärischen Verteidigungsmaschinerie mit unseren friedlichen Methoden und Zielen erzwingen“. Zit. nach: Wikipedia, Stichwort: Dwight D. Eisenhower, Fußnote 44. Angerufen am 10.10.2023. Erwin Eckert war so ein „wachsender und informierter Bürger“, der nicht nur bereits in seiner Rede „Krieg oder Frieden“ am 22. Mai 1948 im Harmoniesaal Freiburg auf die Vorbereitungen und Absichtserklärungen der USA zu einem Krieg mit ABC-Waffen mit zahlreichen Belegen hinwies. In: Antifaschismus-Frieden-Demokratie, a.a.O., S.349-368.

⁴⁵ Lawrow ist übrigens ein überzeugter Christ im Gegensatz zu Wladimir Putin, der sich erst nach dem Zusammenbruch der SU demonstrativ bekehrte, um die Unterstützung der Russisch-Orthodoxen Kirche zu pflegen.

⁴⁶ Der vollständige Text der Rede von Lawrow am 21. September 2023 vor der UN-Vollversammlung in: Der Anti-Spiegel.

Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle – ohne Unterschied von Rasse, Geschlecht, Sprache und Religion“. Die Maßnahmen der Selenski-Regierung stehen, so Lawrow, „**in direktem Widerspruch zur ukrainischen Verfassung**, in der die Verpflichtung des Staates durch Achtung der Rechte von Russen und anderen nationalen Minderheiten festgeschrieben ist“.

Lawrow beklagt die „arrogante Haltung der USA und ihrer Verbündeten“ und ihre „*mangelnde Bereitschaft mit irgendjemandem einen gleichberechtigten Dialog*“ auf dem Grundsatz der *Gleichberechtigung und der Selbstbestimmung der Völker* zu führen.

Angesichts der Risiken eines globalen Konflikts bekräftigt Lawrow die fortbestehende **Bereitschaft Russlands, zu einem Waffenstillstand zu kommen** und zitiert den legendären Außenminister Andrej **Gromyko** „**Besser 10 Jahre Verhandlungen als einen Tag Krieg**“.

Wetten, daß **Lawrows** Rede eher totgeschwiegen wird, während **Selenskis** Forderung nach Aberkennung des Veto-Rechts Russlands im Weltsicherheitsrat plakative Verbreitung finden wird.

Doch zurück zu Erwin Eckerts Kampf für den Frieden.

Seit 1946 wurde nach kurzer Phase der Zusammenarbeit in der Anti-Hitler-Koalition der **Antikommunismus** „zur offiziellen Politik der übrigen Parteien wie der westlichen Besatzungsmächte. Die KPD, die am Ziel eines einheitlichen, antifaschistisch-demokratischen Deutschlands festhielt und sich entschieden gegen die Restauration in den Westzonen wandte, war vielseitigem Druck ausgesetzt.“⁴⁷

„**Bundesbürger, die gegen die Wiederaufrüstung, die alten Faschisten im Staatsapparat oder gegen die Ostpolitik der Bundesregierung protestiert hatten, wurden Opfer der ‚wehrhaften Demokratie‘.** Von 1951 bis zum 8. Strafrechtsänderungsgesetz von 1968 wurden [...] an die **250.000** Ermittlungsverfahren eingeleitet, in die sich rund **500.000** Bundesbürger einbezogen und **10.000** als ‚**Verfassungsfeinde**‘ verurteilt sahen.“⁴⁸ Nach **Werner Maihofer** (FDP) sind das „**Zahlen, die einem ausgewachsenen Polizeistaat alle Ehre machen**“.⁴⁹

⁴⁷ Günter Judick, Die Entwicklung und Funktion des Parteiensystems der Bundesrepublik. In: Albrecht/Deppe/Huffschmid, Geschichte der Bundesrepublik, Köln 1979, S. 407-432, hier: S. 413.

⁴⁸ Zit. nach Hans Canjé, Zum Beispiel Josef Schafheutle, in: *Ossietzky* 13/2013

⁴⁹ Ebd.

Als „**staatsgefährdend**“ galt z.B. das Eintreten für eine Verständigung mit der DDR, für friedliche Koexistenz mit den Ostblockstaaten, für eine Wiedervereinigung Deutschlands in freien Wahlen und die Äußerung, die Oder-Neiße-Linie sei die endgültige ostdeutsche Grenze.⁵⁰

Kurz: Nach **Heinrich Hannover** war die politische Straf- und Gesinnungsjustiz die „**Durchsetzung der Adenauer'schen Politik mit justiziellen Mitteln.**“⁵¹

Der **Antikommunismus** war dabei die zentrale Ideologie „**der kapitalistischen Restauration** und ihrer neuen Form der stets intensiveren Verschmelzung der Staatsmacht mit den riesigen Gebilden des Monopolkapitalismus“.⁵²

Die Bundesrepublik wurde ein wichtiger Faktor für die US-amerikanische Eindämmungsstrategie („**containment**“) und für das **Roll-back** gegenüber Osteuropa.

Nach **Rudolf Augstein** war die neue westdeutsche Armee nicht gegründet worden, „**um den Bonner Staat zu schützen, sondern der neue Staat wurde gegründet, um eine Armee gegen die Sowjetunion ins Feld zu stellen – mag diese Ratio den Paten im In- und Ausland auch nicht voll bewusst gewesen zu sein.**“⁵³

Inzwischen wurden **Rüstungskontrollverträge** zwischen den USA und der Sowjetunion/Russland zur Begrenzung von Raketenabwehrsystemen und der Begrenzung der atomaren Mittelstreckenraketen **einseitig von den USA gekündigt**, 2001 der ABM-Vertrag, 2019 der INF-Vertrag, 2020 der Vertrag über den „**offenen Himmel**“. Dagegen wurden Vorschläge Russlands für eine europäischen Sicherheitsarchitektur ignoriert. Auf der NATO-Ratssitzung 2008 wurde stattdessen Georgien und der Ukraine mit ihrer 2.000 km langen Grenze zu Russland eine „**zeitlich unbestimmte NATO-Beitrittsperspektive**“ eröffnet. Dies war eine **Kom-**

⁵⁰ Helmut Kramer, Die justizielle Verfolgung der westdeutschen Friedensbewegung in der frühen Bundesrepublik. In: Detlef Bald/Wolfram Wette (Hrsg.), *Friedensinitiativen in der Frühzeit des Kalten Krieges* a.a.O., S. 49-62, hier: S. 50.

⁵¹ Zit. nach: In: Ralph Dobrawa, Der praktische Umgang der Gesinnungsverfolgung durch bundesdeutsche Gerichte, in: Erich Buchholz/Ralph Dobrawa, *Politische Justiz in der Ära Adenauer*, Berlin 2018, S. 75-124, hier: S. 122.

⁵² Wolfgang Abendroth, Zur Rolle des Antikommunismus (Verbesserte Fassung des in den *Marxistischen Blättern* 5/1973, S. 24-32 erschienenen Aufsatzes), in: *Das Argument*, 16. Jg. (1974), Nr. 87, (November), Heft 7-9, S. 634-645, hier: S. 641.

⁵³ Zit. nach: Ulrich Albrecht, Rüstung, Militärpolitik und Militärpotential der Bundesrepublik, In: Albrecht/Deppe/Huffschmid, *Geschichte der Bundesrepublik*, Köln 1979, S. 407-432, S. 315.

promissformel zwischen der George-Bush-Administration und dem „Junior-Partner in Leadership“, der Merkel-Steinmeier-Regierung, die ihre **ursprüngliche Gegnerschaft gegen den Beitritt der Ukraine** nicht aufrechterhielt, wie jetzt anschaulich DER SPIEGEL berichtet.⁵⁴

Der kalte Krieg will mit seinen Mitteln (Aufrüstung, Sanktionen, Embargo, Handelskrieg, völkerrechtswidrigen sog. „humanitären Interventionen“, Regime-Change, Stellvertreterkriegen, Waffenlieferungen in Kriegsgebiete an ausländische Bürgerkriegsparteien, Wirtschaftskrieg etc.) den „Feind“ in eine Situation zwingen, in der er sich unterwirft. **Der Kalte Krieg will unter der Führungsmacht der USA siegen und unterwerfen.**

„Kein Staat rund um die Welt bis in die jüngste Gegenwart“ hat allein seit 1945 „häufiger und offensiver in anderen Ländern interveniert als die USA: Iran (1953), Guatemala (1954), Libanon (1957-1958), Kuba⁵⁵ (1961), Vietnam (1964-1975), Dominikanische Republik (1965), Griechenland (1967), Kambodscha⁵⁶ (1970), Chile (1973), Grenada (1983), Nicaragua (1981-1984), Panama (1989), Irak (1998), Afghanistan (2003), Irak (2003), Libyen (2011), um nur die offensichtlichsten Fälle zu erwähnen“.⁵⁷

Die Ablehnung von friedlicher Koexistenz und von Verhandlungen zur Lösung politischer Konflikte ist Kalter Krieg, der Anfang des heißen Krieges.⁵⁸

Im Grunde genommen befinden wir uns in der **Mobilmachung für den 4., den heißen Weltkrieg.** Der **1. Weltkrieg** im Osten „gegen den

⁵⁴ DER SPIEGEL, Nr. 38 vom 16.9.2023, NATO-Gipfel 2008: Der Tag, an dem der Krieg begann. Rekonstruktion eines fatalen Irrtums, S.8-13. Nach SPIEGEL besteht der „fatale Irrtum“ im von Merkel herbeigeführten Kompromiss, nicht in dem Expansionsstreben der US-Hegemonie und dem Nachgeben der Großen Koalition.

⁴⁶ Nicht Aufrüstung hat die Kuba-Krise 1962, in der die Welt am Abgrund des 4. Weltkrieges bereits stand, beendet, sondern Diplomatie und Abrüstung auf *beiden* Seiten.

⁵⁶ Die USA bombardierten das neutrale Kambodscha acht Jahre lang mit 230.516 Luftangriffen und 2,7 Millionen Tonnen Bomben. Die Doppelmoral stand hoch im Kurs. Die internationale „Wertegemeinschaft“ regierte darauf nicht empört, die USA wurde nicht geächtet, nicht sanktioniert. Die USA mussten keinen Schadensersatz leisten, der aus eingefrorenen Auslandsguthaben bezahlt wurde. Die USA durften an allen Sportwettbewerben teilnehmen, der Export von US-amerikanischen Autos, Musik und Filmen nach Europa wurde nicht verboten etc.

⁵⁷ Nachzulesen im Standardwerk Stuby/Paech Völkerrecht und Machtpolitik in den internationalen Beziehungen“, Hamburg 2013. Militärische Interventionen wurden, wie im Korea-Krieg, durch „Knebelung des Sicherheitsrates“ (Stuby/Paech) und aufgetischte Lügen wie u.a. im Irak-Krieg durchgesetzt.

⁵⁸ Oder wie Papst Franziskus sagte: »In etwas mehr als hundert Jahren hat es drei Weltkriege gegeben: 14-18, 39-45 und diesen in der Ukraine, der ein Weltkrieg ist. Er begann schrittweise, und heute kann niemand mehr sagen, daß er nicht weltweit ist. Denn die Großmächte sind alle darin verwickelt. Und das Schlachtfeld ist die Ukraine.“

russischen Despoten-Zaren“ („jeder Schuss ein Russ“) hatte mit dem **Friedensdiktat von Brest-Litowsk** durch das Wilhelminische Deutschland über Russland geendet. Es folgten die **Interventionskriege der westlichen Entente gegen die junge Sowjetunion**, um, so Churchill, **„die bolschewistische Revolution in der Wiege zu erdrosseln“**⁵⁹. Der 1941 von Nazi-Deutschland geführte Überfall auf die SU im **2. Weltkrieg** wurde nach der „bedingungslosen Kapitulation“ des faschistischen Deutschlands abgelöst durch den **Dritten Weltkrieg**, den sog. ersten „kalten Krieg“, der bereits 1945 mit dem Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki **„for demonstration purposes“** begann. Er findet seinen Ausdruck u.a. in den Überlegungen Churchills, der im Frühjahr **1945 (!)** nach einem im Oktober **1998** bekanntgewordenen Geheimdokument beim Generalstab der britischen Streitkräfte ein Gutachten in Auftrag gab, das unter dem Titel **„Operation Unthinkable“** die **„Chancen und den möglichen Verlauf eines Feldzugs gegen die Sowjetunion“**⁶⁰ einschätzen sollte, an dem auch **Divisionen der deutschen Wehrmacht** teilnehmen sollten. 1949 folgte die Planung der **„Operation Dropshot“**, nach der **300 Atombomben und 29.000 hochexplosive Bomben auf 200 Ziele in 100 Städten abgeworfen würden, um 85 % der industriellen Kapazität der Sowjetunion in einem einzigen Schlag zu vernichten.**⁶¹ Dieser „kalte Krieg“ wurde nur zeitweise im **Geist von Helsinki**, hauptsächlich von der Sowjetunion und den Staaten des Warschauer Paktes, der erst nach der Aufrüstung der Bundesrepublik gebildet wurde, initiiert, unterbrochen durch eine erfolgreiche **Politik der Entspannung, gleichberechtigte Kooperation, Koexistenz und Nichteinmischung**. Die nach Beendigung der Periode der friedlichen Koexistenz durch die Stationierung US-amerikanischer Raketen vom Westen verursachte **Konfrontationspolitik** der 80er Jahre – vom SPD-Bundeskanzler **Helmut Schmidt**, dem **„Erfinder der Raketenlücke“** **propagiert** – brachte die Welt **nach der Kuba-Krise 1962** erneut an den Rand eines atomaren Krieges. Der neue kalte Krieg begann mit der

⁵⁹ Weitere Einzelheiten zur Geschichte der US-Außenpolitik als Kette endloser Verbrechen finden sich in: Werner Rügemeier: Verhängnisvolle Freundschaft. Wie die USA Europa eroberten. Erste Stufe: Vom 1. zum 2. Weltkrieg, PapyRossa Verlag, Köln 2023, 324 Seiten.

⁶⁰ Operation Unthinkable Wikipedia, abgerufen am 26.9.2023

⁶¹ Operation Dropshot. Das US-Verteidigungsministeriums plante 1949 einen Krieg gegen die Sowjetunion und ihre Verbündeten. Zwischen 75 und 100 der 300 Kernwaffen würden benutzt werden, um sowjetische Kampfflugzeuge bereits am Boden zu zerstören. Die Geheimdokumente wurde 1977 unter dem Namen Dropshot: „The American Plan for World War III Against Russia in 1957“ freigegeben. Wikipedia abgerufen am 26.9.2023.

Raketenstationierung und der Drohung im „**Reich des Bösen**“ „**dem sowjetischen Huhn den Kopf abzuschlagen**“ (*Washington Post*). Durch **Enthauptungsstrategie** sollte das **atomare Patt, die gegenseitige Abschreckung** ad acta gelegt werden. **Sieg sollte wieder möglich** sein. „**Victory is possible**“, hieß es in „*Foreign Affairs*“ einer weltweit führenden Zeitschrift für auswärtige Angelegenheiten in den USA.

Erinnert sei in diesem Zusammenhang an den **Bielefelder Appell** von 1980, in dem SPD-Mitglieder und Funktionsträger gegen diese Konfrontationspolitik der USA mit den Worten protestierten: „**Wir wollen die sozialdemokratische Entspannungspolitik nicht verkommen lassen, nur weil die USA zur globalen Konfrontation zurückkehren will und dafür keinen anderen Weg weiß, als die Bundesrepublik zu einer vorgeschobenen Raketenbasis gegen die UdSSR auszubauen.**“⁶²

Der Unterschied zu heute: 1. Wo bleibt der **innerparteiliche Widerstand** gegen die vom SPD-Kanzler eingeläutete „**Zeitenwende**“? 2. **Raketen- und Drohnenabschussrampen** stehen **heute nach der Implosion der Sowjetunion** – u.a. bedingt durch die ständig vom Westen erzwungenen Nachrüstungen – und der Auflösung der UdSSR **an der Grenze zu Russland**. 3. Nicht nur **Konfrontation** wird gesucht, sondern der **Sieg** über das inzwischen **kapitalistische** Russland. Somit dreht es sich um den „**fusionierenden und zugleich konkurrierenden Weltimperialismus**“.⁶³

Gegenwärtig wird die Führungsmacht der USA durch eine Mitteilung des Stockholmer Friedensforschungsinstitutes vom 2. Mai 2022 unterstrichen. Danach **verfügen die USA über rund 750 militärische Stützpunkte in 80 Ländern**. An zweiter Stelle folgt Großbritannien mit 145 Standorten, Russland verfügt über rund drei Dutzend, China über fünf.

Offizieller Auftrag der Bundeswehr **seit 1990 (!)** ist **entgegen dem Wortlaut des Grundgesetzes**, das den Einsatz der Bundeswehr **ausschließlich zu Zwecken der „Landesverteidigung“** vorsieht, die

⁶² Bielefelder Appell (Dezember 1980), Vorwärts, 14. Mai 1981.

⁶³ Manfred Weißbecker, Ein Wort zuvor. In: Manfred Weißbecker (Hrsg.), Anstöße-Erträge-Spiegelungen. Ein Lesebuch von und für Friedrich-Martin Balzer. Mit Beiträgen von Wolfgang Abendroth, Erwin Eckert, Heinrich Fink, Georg Fülberth, Eric Hobsbawm, Hans Heinz Holz, Dieter Kraft, Ekkehard Lieberam, Thomas Metscher, Hanfried Müller, Herbert Münchow, Kurt Pätzold, Helmut Ridder, Renate Riemeck, Werner Röhr, Peter Römer, Walter Ruge, Hans See, Robert Steigewald, Manfred Weißbecker und Gert Wendelborn, Bonn 2015, S.10.

„Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt“.⁶⁴

Das am 7. April 2009 in Washington von den Mitgliedstaaten der NATO gebilligte neue strategische Konzept der Allianz „beinhaltet den endgültigen **Abschied der NATO von den grundsätzlichen Artikeln 2.4 und 2.7** (Gewaltverbot und Nichteinmischungsgebot) der UN-Charta.“⁶⁵

Dieser **„Weltordnungsanspruch ist nichts anderes als die Rückkehr zum Faustrecht in der internationalen Politik.“**⁶⁶

Noch bevor am 4. April 1949 der NATO-Vertrag in Washington in Kraft trat, warnte Eckert am **25. März 1949** in seiner Rede im Badischen Landtag vor der Wiederaufrüstung. Der **aggressive Charakter der NATO** werde durch die Rede des US-amerikanischen Außenministers **Dean Acheson** charakterisiert, wonach **„es für die Unterzeichner des Paktes genüge, einen Krieg zu beginnen, wenn revolutionäre Umwandlungen innerpolitischer Art in einem der Unterzeichnerstaaten oder in den von den westlichen Alliierten besetzten Gebieten, einschließlich der Westsektoren Berlins, durch die Unterstützung eines Auslandsstaates“** – gemeint ist die Sowjetunion – **„stattfänden“.**⁶⁷

So warnte SPD-Bundeskanzler **Helmut Schmidt** 1976 in **beschämender Weise** den italienischen **christdemokratischen** Ministerpräsidenten **Aldo Moro** davor, die Kommunisten mit ihren 36 % Wähleranteil in die Koalition aufzunehmen, da **sonst das militärische Eingreifrecht des NATO-Vertrages in Kraft trete!**⁶⁸ Das Ende dieser Geschichte: Die Koalition kam nicht zustande. **Aldo Moro wurde ermordet.** Kurz: die NATO war von Anfang an ein **gegenrevolutionäres Instrument der US-globalen Vorherrschaft.**

⁶⁴ Zit. nach: Werner Ruf, Die NATO – ein Instrument imperialistischer Weltordnung? In: Norman Paech/Karsten Nowrot (Hg.), Krieg und Frieden im Völkerrecht, Köln 2019, S. 52.

⁶⁵ Ebenda S. 58.

⁶⁶ Ebenda, S.59.

⁶⁷ In: Verhandlungen des Badischen Landtags, 1. Wahlperiode, 2. Sitzungsperiode, 10. Sitzung vom 25. März 1949, S. 6. In: Antifaschismus-Frieden-Demokratie, Band 2, S.438.

⁶⁸ Wolfgang Abendroth, „Ich schäme mich“ (*Leserbrief*), [Zu Helmut Schmidts Äußerungen im Widerspruch zu völkerrechtlichen Normen der Souveränität und Nichteinmischung in Sachen Italien], in: Der Spiegel, 30. Jg., (1976), Nr. 32 vom 2. August 1976, S. 10. Zur Rolle von Helmut Schmidt siehe: Friedrich-Martin Balzer, Dossier: Ehrendoktorwürde für Helmut Schmidt. Was würden Wolfgang Abendroth und Helmut Ridder dazu sagen? Vortrag am 26. Februar 2007 im Hörsaalgebäude der Marburger Universität auf der Protestveranstaltung gegen die Ehrenpromotion von Helmut Schmidt in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, 68, Dezember 2006, S. 139-150. Mit Fußnoten versehen in: Prüfet alles, a.a.O., S. 225-239.

Das mächtigste Land des Imperialismus hat seit 1776 mehr als zweihundert Kriege geführt – ohne selbst jemals **Schauplatz eines Krieges** zu sein. „**America First**“ war schon die Leitlinie der **Monroe-Doktrin 1823**. Der gegenwärtige Slogan „**Make America great again**“ deutet allerdings darauf hin, daß die Führungsmacht des Imperialismus **ökonomisch und politisch sich im Niedergang** befindet.

Die UN-Resolution zum Krieg in der Ukraine läßt erkennen, daß die angeblich „**regelbasierte Wertegemeinschaft**“ die **Mehrheit der Erdbevölkerung**, insbesondere in **Afrika, Asien und Lateinamerika nicht mehr hinter sich** hat. Dies ist ein **Zeichen der Hoffnung und des Übergangs zu einer multipolaren Weltordnung**, weg von einer **bipolaren und unipolaren Weltordnung**.

Von den 193 Mitgliedsstaaten der UNO haben **nur knapp 40 Staaten Sanktionen gegen Russland verhängt und knapp 30 Staaten militärische Unterstützung für die Ukraine zugesagt**. Von einer **weltweiten Isolierung Russlands kann keine Rede sein**. Die Zeichen der Zeit stehen auf **multipolarer, statt bipolarer und unipolarer Weltordnung**. Ein chinesisches Sprichwort sagt: „**Wenn Du die Wahrheit suchst, dann halte Dich an Tatsachen**“. Es sieht so aus, als ob die **Erinnerung an die Rolle der imperialistischen Großmächte in Vergangenheit und Gegenwart im Rest der Welt im Wachsen** begriffen ist.

Ist es nicht aberwitzig, daß die USA, ein Land mit **nur 4,1 Prozent der Weltbevölkerung**, dem Rest der Welt seine Hegemonie aufzwingen will? **30 NATO-Staaten – inzwischen sind es 32 – repräsentieren 12% der Weltbevölkerung**, verantworten aber mehr als **60% der Militärausgaben und Rüstungsexporte**. Die imperialistische Führungsmacht USA gibt so viel für Rüstung aus, wie alle nachfolgenden neun Staaten zusammen, darunter China, Russland, Frankreich, Deutschland, Großbritannien etc. Die Rüstungsausgaben der NATO betragen derzeit das 15-fache des russischen und knapp das 5fache der chinesischen Militärausgaben

In keinem Fall haben Staaten außerhalb der USA **Sanktionsmaßnahmen** gegen den Aggressor beschlossen. „**We appreciate the US-Leadership**“ war stattdessen zu hören. Zur **Doppelmoral der westlichen Vasallenstaaten** gehörte es, daß es auch z.B. beim **Korea-⁶⁹ und Vietnamkrieg**

⁶⁹ Siehe Heinz Kraschutski, Die verborgene Geschichte des Korea-Krieges, Hannover 1957. Im Internet nachlesbar unter Philosophie digital 2.0.

mit insgesamt mehr als **7 Millionen Toten zu keinen Sanktionen** der verbündeten NATO-Staaten kam.

Die „**Einbeziehung Westdeutschlands in den Atlantikpakt**“, so Eckert, am 6. Oktober 1950, wurde dabei „**ohne die Zustimmung der deutschen Bevölkerung vorgenommen.**“

Das auf dem Essener Friedens-Kongress am 20. Januar 1951 beschlossene „**Manifest gegen die Remilitarisierung Deutschlands**“ und der auf Initiative von **Martin Niemöller** gewählte Ausschuss zur Vorbereitung einer Volksbefragung legte der Bevölkerung die Frage zur Abstimmung vor: „**Sind Sie gegen die Remilitarisierung und für den Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland im Jahre 1951?**“. Die Stimmung in der Bevölkerung war eindeutig im Sinne eines Ja zu dieser Frage. Die Bundesregierung wandte jedoch „jedes erdenkliche Mittel“ an, um die Volksbefragungsaktion mit mehr als 9 Millionen Unterschriften „**als kommunistisch und von Moskau gesteuert zu diffamieren**“⁷⁰.

Nach den Worten des Vorsitzenden des BVerfG, Hermann Höpker-A-schoff, bestätigten zahlreiche Richter, daß die Maßnahmen zum Verbot der Volksbefragung **gegen das Grundgesetz** ergangen sind. **Mehr als 9 Millionen Bundesbürger sprachen sich für den sofortigen Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland und gegen jede Remilitarisierung und Wiederaufrüstung aus.** Deshalb verbot das BVerfG auf Antrag der Bundesregierung am 24. April 1951 die Volksbefragungsaktion, da sie auf einen „**Umsturz der verfassungsmäßigen Ordnung des Bundesgebietes**“ abziele.

Auch die Volksbefragungen zum Generalvertrag und für einen Friedensvertrag mit Gesamtdeutschland, die die **SPD-geführten Länder** Hamburg, Bremen und Hessen beantragt hatten, wurden auf Geheiß Adenauers **1958** vom BVerfG verboten. Sie zeigen deutlich, daß es nach bürgerlicher Staatsrechtslehre die Pflicht des Volkes ist, zu den Plänen und Entscheidungen seiner hohen Obrigkeit „ja“ zu sagen.

Wie sehr die CDU eine Volksabstimmung fürchten musste, geht indirekt aus einem Interview mit dem „Namensgeber für den Euro“ und Ex-

⁷⁰ Siehe Ingo Müller, Die angeklagte Friedensbewegung. Ein historischer Rückblick. In: Christoph Butterwegge/Bernhard W. Docke/Wolfgang Hachmeister (Hg.), Kriminalisierung der Friedensbewegung. Abschreckung nach innen? Köln 1985, S. 19-24, hier: S. 20. Zu den Ergebnissen der Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und für den Abschluss eines Friedensvertrages siehe Eckart Dietzfelbinger, a.a.O., S. 447-448.

Bundesfinanzministers Theo Waigel hervor. Auf die Frage nach einer Volksabstimmung über den Euro angesprochen, antwortete Waigel: „Stellen Sie sich vor, das hätten wir bei der Wiederbewaffnung, der Ablehnung der Stalin-Note, bei der Wehrpflicht, dem NATO-Beitritt, bei den atomaren Trägerwaffen, bei den Notstandsgesetzen so gemacht. Das wäre alles unmöglich gewesen – und die Leute waren’s dann hinterher doch zufrieden.“⁷¹ Welch ein Eingeständnis **antidemokratischen Denkens!**

Eckert warnte davor, daß durch die **europäische Montanunion** vom 18. April 1951 ein gewaltiges **Rüstungszentrum** entstehen werde, das gegenwärtig die Champagnerkorken krachen lässt angesichts der immensen Rüstungsaufträge. Die Aktien von Rheinmetall stiegen jüngst auf das Zweieinhalbfache.

1947, noch vor dem „Darmstädter Wort“⁷², der **Charta der Neubesinnung von Christen im Nachkriegsdeutschland** und seinem Buß-Ruf „Wir sind in die Irre gegangen“ und seiner **Absage an Klerikalismus, Nationalismus und Antikommunismus**, der sie davor bewahren wollte, erneut die Mobilmachung zum „Roll Back“ gegen den Kommunismus zu unterstützen, hatte Eckert gefordert, der Christ soll im Reich der Welt die dienende Liebe verwirklichen. Dazu muss er sich freilich von „gottlosen Bindungen“ lösen, so beispielsweise „von der faschistischen Ideologie, der antihumanen Politik der Rüstungskonzerne und der Ausrottung des Sozialismus, dem Rassenwahn und der Völkerunterdrückung“.⁷³

Zu einem **Aufschwung der Friedensbewegung** kam es 1958 im Zusammenhang mit der Kampagne „**Kampf dem Atomtod**“. Die atomare Ausrüstung der nationalen Streitkräfte der NATO-Staaten, die Errichtung von Abschussrampen für Raketengeschosse und das Anlegen von Kernwaffenarsenalen haben, so Eckert, aus Westeuropa ein „**atomar geladenes Pulverfass**“⁷⁴ gemacht. Das würde **im Ernstfall** die westeuropäischen

⁷¹ Zit. nach: Hans E. Schmitt-Lermann, KPD im Kalten Krieg. Vorträge und Aufsätze zur Geschichte von KPD und Rechtsstaat nach 1945. Hrsg. von Friedrich-Martin Balzer, 2. bearbeitete und korrigierte Auflage, Marburg 2021. Im Internet unter: Philosophie Digital 2.0.

⁷² Siehe Günter Brakelmann, Das Darmstädter Wort, Text und Kommentar. In: Berufsverbot in der Kirche. Der unerledigte Fall Erwin Eckert, a.a.O., S.216-237. Friedrich-Martin Balzer/Christian Stappenbeck (Hrsg.), Sie haben das Recht zur Revolution bejaht. Christen in der DDR. Ein Beitrag zu 50 Jahre „Darmstädter Wort“, Bonn 1997.

⁷³ Aufzeichnungen von Günther Hahne anlässlich der Veranstaltung mit Erwin Eckert 1947. Die Notizen befinden sich im Privatarchiv Balzer: Günther Hahne, Gedanken zu Christen und Marxisten (5S.).

⁷⁴ Erwin Eckert, Europa atomwaffenfrei. Rede am 1. Dezember 1957 in Paris. In: Antifaschismus-Frieden-Demokratie, a.a.O. S. 71.

Völker dem vernichtenden **Gegenschlag** aussetzen. „**Amerikanische Flugzeuge, die von englischen Flugplätzen aufsteigen und über West- und Mitteleuropa ununterbrochen kreisen, tragen abwurfbereite Wasserstoffbomben, die bis zu Tausendfach erhöhte Sprengkraft als die Hiroshima-Atombombe bewirken**“.⁷⁵ „**Nichts vermag die Gefährdung unserer Lage deutlicher zu unterstreichen als diese Tatsache,**“ so Eckert am 1. Dezember 1957 in Paris.⁷⁶

Gegenwärtig sind im Rahmen der NATO etwa **240 US-Atomwaffen in Europa** stationiert, davon 20 in Deutschland und 90 in der Türkei.

Der von der UN am 7. Juli 2017 mit 122 Stimmen von insgesamt 193 UN-Mitgliedern angenommene *Atomwaffenverbotsvertrag*, ein **Durchbruch jahrzehntelanger Überzeugungsarbeit und -stärke internationaler Friedenskräfte**, den bis zum 26. September 2022 **92 Staaten** unterzeichneten, wurde von Deutschland *nicht* unterzeichnet. Keine der mutmaßlich neun Atommächte und auch kein NATO-Staat unterschrieb.

Dagegen ergab *eine Forsa-Umfrage vom März 2016*, daß sich **85 % der befragten Bundesbürger** dafür aussprachen, die auf deutschem Boden gelagerten Atomwaffen abzuziehen. **93%** befürworteten, daß Atomwaffen, ähnlich wie Chemie- und Biowaffen, völkerrechtlich verboten werden sollen. **88%** sprachen sich dagegen aus, daß die USA aufgerüstete Atomwaffen in Deutschland neu stationieren. *Sie sehen, der Kampf gegen Aufrüstung und Krieg ist stets auch ein Kampf für Demokratie.*

Die Ambition von Franz Josef Strauß nach einer „**nuklearen Teilhabe**“ besteht auch in der Ampel-Koalition, schriftlich fixiert im Koalitionsvertrag (S.149), fort. Entsprechende Flugzeuge (F35) wurden nun mit großem „Wumms“ von der Ampel-Regierung in Auftrag gegeben.

Es gibt **keine chronisch kaputtgesparte Bundeswehr**, es gibt auch kein Sondervermögen, sondern nur **Sonderschulden**, die spätestens ab 2031 mit Zinsen in Höhe von 31 Milliarden € zurückbezahlt werden müssen.

Das „Verteidigungsministerium“ hat im derzeit beschlossenen **Haushalt** etwa so viel Geld zur Verfügung wie Gesundheit (€24,48 Mrd.), Bildung

⁷⁵ Ebenda.

⁷⁶ Ebenda.

(€21,46 Mrd.), Klima (€14,57), Entwicklung (€12,15) und Auswärtiges (€7,47 Mrd.) zusammen.

Denen, die nach der Parole: *Si vis pacem, para bellum!* handeln, gab Eckert zu bedenken, daß diese Parole sich in Jahrhunderten **als völlig sinnlos** erwiesen habe und immer dazu geführt habe, daß diejenigen, die sie benutzten, als Aggressoren andere Völker überfielen. „Diese Aufrüstungsparole muss umgewandelt werden in: **Si vis pacem, para pacem! Wenn Du den Frieden willst, bereite den Frieden vor.**“⁷⁷

Von Friedenspolitik kann im „kollektiven Westen“ derzeit keine Rede sein. Der gegenwärtige Krieg, so die „*Weltwoche*“ vom 1. Februar 2022, hat nicht erst am 24. Februar 2022, sondern laut NATO-Generalsekretär bereits 2014 begonnen mit dem vom Westen, besonders von den USA geförderten **Putsch** gegen die damalige rechtmäßig gewählte Regierung der Ukraine, wobei die Mitwirkung rechter, faschistischer Kräfte bei diesem Putsch zumindest in Kauf genommen wurde. Der Umsturz in der Ukraine 2014 war, so der langjährige SPD-Politiker und frühere EU-Kommissar **Günter Verheugen** (SPD), „**ein vorbereiteter Staatsstreich**“, dessen „**erste Maßnahmen sich gegen die russisch-stämmige Bevölkerung in der Ukraine**“⁷⁸ richtete. Im Grunde ist der Krieg Russlands gegen die Ukraine eine **völkerrechtswidrige Eskalation** des 2014 begonnenen Krieges in der Ukraine mit bereits 14.000 Toten **vor dem 24. Februar 2022**. Verheugen kritisiert auch die **Aufrüstung der Bundeswehr**. Bei solchen „**Kriegskrediten**“ müssten sich jedem Sozialdemokraten „**die Haare aufrichten**“. Er fordert stattdessen **Verhandlungen mit dem Kreml**.

Die völkerrechtlichen *Abkommen von Minsk* 2015 sahen neben einem sofortigen **Waffenstillstand** unter anderem den **Rückzug schwerer Waffen**, einen **Autonomiestatus** für die Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie **Wahlen** und den **Abzug aller ausländischen bewaffneten Einheiten** vor. Sie wurden neben Russland auch von Deutschland, Frankreich und der Ukraine unterzeichnet, aber von den letzteren drei wurden keine Anstalten gemacht, sie auch in die Tat umzusetzen. Offenbar wollte man Zeit gewinnen, um die Ukraine aufzurüsten.

⁷⁷ In: Verhandlungen des Badischen Landtags, 4. Sitzungsperiode, 3. Sitzung, 6. Oktober 1950, S. 35-38, hier: S. 36. In: Antifaschismus-Frieden-Demokratie, a.a.O., S. 548.

⁷⁸ Günter Verheugen, Das Gemetzel muss beendet werden, Interview in: Weserkurier vom 27. August 2023.

Auch das Ende März 2022 in Istanbul ausgehandelte und unterschriftsreif vorgelegte **Waffenstillstandsabkommen** sah die **Neutralität der Ukraine, international garantiert**, sowie die **Ausklammerung der offenen Fragen um Teile des Donbass sowie der Krim, verbunden mit der Vereinbarung**, eine **nicht-militärische Lösung** anzustreben, vor. Es war die NATO in Gestalt des britischen Premierministers **Boris Johnson**, der Selenski unmissverständlich nahelegte, das Waffenstillstandsabkommen nicht zu unterzeichnen. Gleichzeitig wurden Waffenlieferungen und Sanktionen Schritt für Schritt erhöht. Die im Einzelnen **30.000 Wirtschaftssanktionen** sind **Kriegsführung mit nicht-militärischen Mitteln**.

Nur mit einer breiten Front, wie es der Friedensbewegung der 80er Jahren allein mit mehr als **4 Millionen Unterschriften** unter den **Krefelder Appell** gelang, besteht die Chance, die Kriegstreiber zu stoppen. Zum Vergleich: 2022 haben nur mehr als 870.000 Bundesbürger das **Manifest für den Frieden „Verhandeln statt Schießen“** unterschrieben.

SPD und DGB kritisierte Eckert in den 50er Jahren wegen ihrer zwiespältigen Haltung und drang auf eine konsequente Haltung und Unterlassung der Diskriminierung jener ihrer Mitglieder, die sich konsequent gegen die Aufrüstung stellten und für einen **Friedensvertrag mit Deutschland nach Abzug aller Besatzungstruppen** einsetzten.

Eckert begrüßte jede **Annäherung** von **DGB und SPD** an die Friedensbewegung, wurde jedoch immer wieder durch ihre taktischen Wendungen enttäuscht. Wie der wiederholt von Eckert positiv genannte **Erich Ollenhauer** hinkte auch die DGB-Spitze der Friedensbewegung hinterher und führte sie keineswegs an, trotz der **Ablehnung der Remilitarisierung auf dem DGB-Kongress** vom 4. bis 9. Oktober 1954 mit **287 gegen 4 Stimmen**. Für die SPD spielte es eine große Rolle, daß 1957 „**fast die gesamte intellektuelle Welt gegen die Atomrüstung**“ auftrat. Dies erklärt, warum von der SPD in der Bundestagsdebatte vom März 1958 massiv gegen die atomare Aufrüstung – auch von Helmut Schmidt – argumentiert wurde. Danach aber wurde die Bewegung durch die Parteispitze langsam demobilisiert und bröckelte ab. „**Der Rückzug der Parteispitze hing wesentlich auch mit politischen Entscheidungen zusammen: Unter keinen Umständen wollte sie den Anschluss an die anderen**

bürgerlichen Parteien verlieren; sie schielte damals“, wie heute DIE LINKE, „schon immerzu auf die Koalitionsfähigkeit.“⁷⁹

Heute haben wir es im Zeichen der „**Zeitenwende**“ mit einem klaren Ja der „Vaterlandsparteien“ zur Aufrüstung zu tun. Die „**Freiheit Deutschlands**“ werde nicht nur am „**Hindukusch**“, was nach 20jährigem opferreichem Krieg in **Afghanistan** bekanntlich in einem bis heute nicht aufgearbeiteten **Desaster** endete, sondern auch **in der Ukraine verteidigt**.

Hauptopfer in diesem Stellvertreter- und Abnutzungskrieg sind gegenwärtig **die Menschen in der Ukraine, die Toten, Verwundeten und Flüchtenden**. Die Folgen treffen auch die Bevölkerung Russlands, seine Soldaten sowie Menschen in der ganzen Welt, vor allem im globalen Süden. Nach (US-)Schätzungen (veröffentlicht in der *New York Times*) sind **seit dem Einmarsch Russlands annähernd 500.000 Soldatinnen und Soldaten beider Seiten getötet worden**, davon 100.000 russische Soldaten, wobei die Dunkelziffer meist höher liegt. Rund 10.000 Zivilistinnen und Zivilisten in der Ukraine wurden getötet, über 17.000 wurden verletzt, weit über 1.000 Kinder darunter. **Jeden Tag werden Menschen sinnlos getötet. Jeden Tag wächst die Gefahr einer Eskalation des Krieges. Nur ein Waffenstillstand kann dem Einhalt gebieten**. Hoffentlich haben die Analysten Unrecht, wenn sie sagen: **Erst wenn die Kosten den zu erwartenden Nutzen übersteigen, besteht die Chance auf Waffenstillstand**.

Die **Schäden und Kosten des Krieges** zerstören schon jetzt die Bedingungen für nachhaltigen Frieden und die Lösung globaler Probleme: **Armut und Hunger**, – alle 3 Sekunden stirbt ein Kind wegen Unterernährung! – **Vertreibung und Flucht, Umweltzerstörung und Klimawandel**.

Bei allem Widerstand Eckerts gegen Aufrüstung und Militarismus konnten jedoch ein geheimdienstlich organisierter, von Politik und Presse lancierter **Rufmord 1949**⁸⁰ an seiner überragenden **Popularität** nichts anhaben.

⁷⁹ Wolfgang Abendroth, Ein Leben in der Arbeiterbewegung. Gespräche, aufgezeichnet und herausgegeben von Barbara Dietrich und Joachim Perels, Frankfurt/M. 1976, 31981 288 S. [*Gesamtauflage 17.000*]. S. 240 f.

⁸⁰ Ein besonders widerwärtiges Beispiel des Rufmordes fand sich in der „*Schwäbischen Zeitung*“, einem Organ der CDU, vom 9. April 1949 unter der Überschrift „Kommunisten gegen Erwin Eckert“. Darin wurde behauptet, daß die „rote Opposition innerhalb der kommunistischen Partei Badens“ in einem Flugblatt die „Säuberung der KP von Bonzen und allen Arbeiterfeinden, wie Eckert einer ist“ und ein sofortiges Parteigerichtsverfahren wegen „Verbrechens gegen die Menschlichkeit“ gegen den KP-Vorsitzenden Badens, den früheren

So errang Eckert am 31. Juli 1949 bei der Oberbürgermeisterwahl in Mannheim mit 26.087 Stimmen einen in der Bundesrepublik für einen Kommunisten **einzigartigen Wahlerfolg von 34,7% der abgegebenen Stimmen.**

Bei der zwei Wochen später stattfindenden Bundestagswahl 1949 erzielte die KPD in Mannheim mit **18,7%** einen Stimmenanteil, der im gesamten Bundesgebiet nach dem Wahlergebnis von **Max Reimann** in Solingen an zweiter Stelle stand. Eckert war in dieser Periode folglich **„neben Max Reimann der populärste Repräsentant der KPD“**.⁸¹

An seinem christlichen Glauben hielt Eckert bis zu seinem Tod Ende 1972 fest: **„Ich bin nach wie vor evangelischer Christ und kann jederzeit auf jede Kanzel gehen und über die letzten Dinge sprechen.“**⁸² Dies gilt auch für seine Landtagsreden in Baden und Baden-Württemberg, in denen er sich offen als Christ bekannte.

Eckert wusste: **Frieden, Freiheit und Gleichheit fallen nicht vom Himmel, man kann sie sich nicht *schenken* lassen, man kann sie nur *erkämpfen*.** Mit Ernst Bloch teilte Eckert die Überzeugung, daß der Mensch nicht von Geburt an frei und gleich sei. **Es gibt keine angeborenen Rechte, sie sind alle erworben oder müssen im Kampf noch erworben bzw. verteidigt werden.**

Freiheit existiert für Eckert nur, wenn sie von der Erfüllung eines **Minimums an sozialer Symmetrie** abhängig zu machen ist. Von einer solchen konnte damals, kann heute erst recht keine Rede sein. **Die Spaltung**

evangelischen Pfarrer Erwin Eckert, verlange. Der von Eckert gestellte Strafantrag gegen die *Schwäbische Zeitung* wegen übler Nachrede und Verleumdung blieb erfolglos, da das Verfahren laut Mitteilung der Badischen Staatsanwaltschaft vom 17. Januar 1950 auf Grund des § 3, Ziffer 1 des Gesetzes über die Gewährung der Straffreiheit vom 31. Dezember 1949 eingestellt wurde.

⁸¹ Siehe Vom Pfarrer zum Arbeiterführer. Erwin Eckert 75 Jahre (1968), in: *Die Andere Zeitung*, 1968, Nr. 24, S. 4. Bei der Mannheimer OB-Wahl stimmten in den proletarischen Wahlbezirken 88 und 89 auf der Schönau 59,8 bzw. 63,8 Prozent der Wähler für Eckert. Siehe Herbert Mies, *Mit einem Ziel vor Augen*, Berlin 2009, S. 77. „Tausende von Industriearbeitern bei Daimler und Lanz, Angestellte der Verkehrsbetriebe, Bauern, Mittelständler, Bürgerliche strömten zu seinen Wahlkampfveranstaltungen, ob in der Neckarvorstadt, in Seckenheim, Friedrichsfeld, Sandhofen, Waldhof, Käfertal oder Wallstadt. Überall herrschte unerhörte Begeisterung mit Hochrufen und Blumengeschenken“ (Brief von Eckert an seine Frau Elisabeth Eckert vom 25. Juli 1949). Nicht nur Kommunisten, sondern auch Sozialdemokraten vom linken Flügel hatten Eckert gewählt.

⁸² So Eckert am 15. November 1945 auf der Arbeitstagung „Das Neue Deutschland“. Text Nr. 1 in Band II. Dort wird Eckert als »Pfarrer« bezeichnet. Bekanntlich stellte die KPD in Mannheim am 31. Mai 1946 einen Antrag an die US-amerikanische Militärregierung, *Eckert wieder als Pfarrer einzustellen*. Weitergeleitet an den Evangelischen Oberkirchenrat (Dek. Ma 18/55, Bd. 1). Die Badische Landeskirche schweig – und setzte gleichzeitig »Deutsch-Christliche« Pfarrer wieder in Amt, Würden und Pension. Siehe Udo Wennemuth, *Geschichte der evangelischen Kirche in Mannheim, Sigmaringen* 1996, S. 507. So sah die Entnazifizierung der Kirchen aus.

zwischen Arm und Reich ist in keinem industriellen Land so groß wie in Deutschland. 40 Deutsche besitzen mehr als 40 Millionen Deutsche zusammen. Aktuelle Zahlen belegen: „10 Prozent der Bevölkerung verfügen hierzulande über 60 Prozent des Nettogesamtvermögens.“ **Das reichste Prozent der Menschheit besitzt mehr als die übrigen 99 Prozent zusammen.**

Kommunisten wie Erwin Eckert haben bei allen Fehlern, die sie später selbstkritisch einräumten, unter großen Opfern **einen heroischen Kampf für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt** gekämpft.

Für diese Ziele zu kämpfen, heißt immer noch, **das Grundgesetz vor ihren reaktionären Machträgern sowie faschistoiden und neo- und präfaschistischen Bewegungen mit Zähnen und Klauen zu verteidigen**, um z.B. Änderungen des StGB in § 130 StGB (Volksverhetzung), die den Widerstand gegen Kriegsvorbereitung unter Strafe stellen, anzufechten und so die Meinungsäußerungsfreiheit zu schützen. Siehe die Verfassungsbeschwerde der DKP.⁸³

Es geht heute *nicht* um die Verteidigung des Sozialismus. *Der Krieg muss grundsätzlich als Mittel der Fortsetzung der Politik für immer geächtet werden!* Aufrüstung ist Kriegsvorbereitung und finanzielle Verschwendung für dringende soziale und humane Zwecke, so der DGB-Aufruf zum 1. September 2021, noch *vor* der von Olaf Scholz verkündeten „Zeitenwende“: „**Abrüstung, nicht Aufrüstung ist das Gebot der Stunde**“.

In dem **DGB-Aufruf 2021** hieß es: „Wir können es uns schlicht und ergreifend nicht leisten, immer noch mehr Geld für Rüstungsausgaben in die Hand zu nehmen – so wie es das **Zwei-Prozent-Ziel** der NATO vorsieht. [...] An oberster Stelle steht dabei für uns das Ziel, daß die [...] Bundesregierung die deutsche **Verweigerungshaltung gegenüber dem Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen aufgibt** und ihn endlich unterzeichnet.“

Der **Aufruf des DGB zum 1. September 2023** hält insofern an dieser Zielsetzung fest, als er erklärt: „Wir warnen aber eindringlich vor dem Irrglauben, immer **mehr** Waffen für die Ukraine würden zu einem **schnel-**

⁸³ Elias Conte, Weg mit dem Maulkorb für Kriegsgegner. Kommunisten legen Verfassungsbeschwerde gegen Neufassung des Paragraphen 130 ein – für die Meinungsfreiheit. in: UZ vom 11. August 2023. Die 26seitige Verfassungsbeschwerde wurde am 28.7.2023 beim BVerfG in Karlsruhe eingereicht.

leren Ende des Krieges führen. Und wir warnen vor der **einseitigen** Fixierung der Debatte auf Waffenlieferungen und ein Denken in den Kategorien ›**Sieg**‹ oder ›**Niederlage**‹. Wir fordern die Bundesregierung auf, ihr Handeln **stärker** auf friedliche Ansätze zur Konfliktlösung zu fokussieren: Haben Sie den Mut, **mehr** Demokratie zu wagen!“ Verräterisch ist wie immer die wiederholte Wahl des Komparativs, die Inanspruchnahme des „**Verhältnismäßigkeitsprinzips**“ und die Sucht nach „**Ausgewogenheit**“, was am Ende dazu führt, dass die Rede nicht ja, ja, oder nein, nein ist. Alles was darüber ist, ist vom Übel. (Matthäus 5,37)

Eine **eindeutige Abkehr** von gewerkschaftlichen Satzungen, die sie verpflichtet, „**militaristische Tendenzen zu bekämpfen**“ ist dies jedoch nicht. Noch überwiegt der **Schulterschluss der Gewerkschaften mit deutschem Kriegskurs**.⁸⁴

Halten wir fest an den Thesen der Kirche von Westfalen und Lippe aus dem Jahre 1987 zur „**Versöhnung und Frieden mit den Völkern der Sowjetunion**“⁸⁵: „Der Krieg gegen die Sowjetunion ist als totaler Angriffs- und Vernichtungskrieg geplant und durchgeführt worden. Er hat unermessliches Leid über die Völker der Sowjetunion gebracht. Die große Mehrheit unseres Volkes einschließlich der Kirchen hat diesen Krieg mitgetragen und mitverantwortet. **Wir alle stehen heute in der Haftung für seine Folgen**. Eine Folge ist das ausgeprägte Sicherheitsbedürfnis der Sowjetunion. Wir sind zu friedensfähigem Handeln nur in der Lage, wenn wir die russischen Erfahrungen im 2. Weltkrieg wahrnehmen“.⁸⁶

Was wir brauchen, ist eine **Friedensbewegung von unten. Auf die Herrschenden ist kein Verlass**.

Heute wie damals muss die Orientierung allem voran **Bertha von Suttners** revolutionierende Parole aus dem Jahre 1889 sein: „**Die Waffen nieder!** „**Abrüsten statt Aufrüsten!**“ ganz im Sinne von **Georgi Dimitroff**, der den **Kampf um den Frieden eine „revolutionäre Aufgabe**“⁸⁷ nannte.

⁸⁴ Siehe Susanne Knütter, Verdi auf Linie. Bundeskongress stimmt für Lieferung von Waffen an Ukraine. In: junge welt vom 23.9.2023, S.5.

⁸⁵ Versöhnung und Frieden mit den Völkern der Sowjetunion. Herausforderungen zur Umkehr. 8 Thesen. Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft Solidarische Kirche Westfalen und Lippe in Verbindung mit dem Arbeitskreis Evangelische Erneuerung Bayern, Gütersloh 1987.

⁸⁶ Ebenda, S.7.

⁸⁷ „Der Kampf für die Erhaltung des Friedens ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen [...] ein revolutionärer Kampf.“ Zit. nach: Kurt Julius Goldstein, Das Erbe Dimitroffs und die friedliche Koexistenz. Grußwort an den Kongress der VVN-BdA Westberlin (Juni 1986). In: Kurt Julius Goldstein, Spanienkämpfer, Auschwitz-

Eckerts Beispiel folgend, heißt heute unter veränderten Bedingungen dem Aufruf der bundesweiten **Friedensbewegung** zu folgen, in dem es heißt:

„Keinen Euro für Krieg und Zerstörung! Stattdessen Milliarden für eine soziale, gerechte und ökologische Friedenspolitik! Stoppt den Krieg! Verhandeln statt Schießen! Abrüstung statt Aufrüstung.“

„Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts“, so **Willy Brandt**. Es ist **höchst peinlich**, daß sich Verantwortliche für die damalige Entspannungs- und Ostpolitik heute angesichts des völkerrechtswidrigen Krieges **schämen und sich dafür entschuldigen**.

„**Mit dem Frieden gewinnt man alles!**“, so Papst **Franziskus**. Nach **Karl Barth**, ist der **Friede der Ernstfall** ist. Nach **Heinrich Böll** ist **Frieden, das Einzige, was es zu gewinnen gilt**.

Um einen Nuklearkrieg zu verhindern, kann es nach **Klaus von Dohnanyi** (SPD) nur **Sicherheit mit der Atommacht Russland** geben, **nicht gegen Russland**, wie das jüngste Positionspapier der SPD **in Abkehr von der Entspannungspolitik Willy Brandts** verkündet. **Waffenstillstand und Frieden sind nur möglich durch Annäherung und Anerkennung der Sicherheitsinteressen aller. Konfrontation und Waffenlieferungen verlängern diesen mörderischen Krieg.**

Sorgen wir dafür, daß die Friedensbewegung so stark, breit und massenhaft aufgestellt und aktiv ist wie in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts. Abschätzig wird im Nachhinein die Stärke der Friedensbewegung in den 80er Jahren damit erklärt, daß die große Mehrheit der Bevölkerung **Angst vor einem Atomkrieg** hatte. **Als ob wir heute keine Angst haben müssten?** Die von Albert Einstein und anderen eingeführte Weltuntergangsuhr steht auf **90 Sekunden vor 12.00 Uhr**.

Für die Außenministerin **Baerbock** und den **Wissenschaftlichen Dienst des deutschen Bundestages** sind wir **Kriegspartei**. Das im Mai 2022 erschienene **Gutachten** kam zu dem Ergebnis, die Lieferung von Kriegsgesamt sei *noch nicht* als Kriegsbeteiligung zu werten, die Ausbildung ukrainischer Soldaten vor Ort an diesen Geräten *hingegen schon*. **Waffenlieferungen an die Ukraine und die Ausbildung von ukrainischen Soldaten**

an diesen Mordwerkzeugen vor Ort sind heute die Kriegskredite von 1914.

Karl Liebkecht, der als einziger SPD-Reichstagsabgeordneter den Kriegskrediten seine Zustimmung verweigerte, **verdanken wir die bleibende Erkenntnis: „Der Hauptfeind jedes Volkes steht in seinem eigenen Land“**.⁸⁸ Liebkecht wurde 1916 wegen seiner Kriegsgegnerschaft zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt und 1919 zusammen mit Rosa Luxemburg ermordet.

Dem Bürger als Christen ist immer noch aufgegeben, die Botschaft des Evangeliums **aus der Umklammerung durch die Herrschaftsverhältnisse zu befreien**. Erwin Eckert hat hierfür ein **leuchtendes Beispiel** gegeben.

Wie schon in der Weimarer Republik und in der Bundesrepublik verbreitet die **Mehrheit** der in der **veröffentlichten Meinung** zu Wort kommenden „**Sachverständigen**“ herrschende Ideen als Ideen der Herrschenden. **Wir müssen uns an die Minderheit halten. Diese Minderheit gab es und gibt es**. Es kommt darauf an, die **schweigende Mehrheit zu mobilisieren!**

Lernen wir die brandgefährliche Situation und ihre Vorgeschichte richtig zu analysieren, wobei Lernen bedeutet, gegen den Strom zu rudern. Resignieren wir nicht, auch wenn der Strom sehr breit geworden ist.

Gegenwärtig sind christliche Stimmen wie die von **Papst Franziskus, Eugen Drewermann** und **Margot Käßmann** noch **einsame Rufer in der Wüste**. Die Kirchen sowie die Mehrheit der ihnen Angehörigen haben jedoch immer noch nicht begriffen, daß **der Christ durch seinen Glauben nicht zur Anpassung an die Welt, sondern zur kritischen Auseinandersetzung mit ihr berufen ist**.

Friedensaktivisten sind keine „gefallenen Engel, die aus der Hölle kommen, weil sie letztendlich einem Kriegstreiber das Wort reden“, wie Bundeskanzler Scholz die Friedensbewegung zu diffamieren suchte.

⁸⁸ Flugblatt Mai 1915. Karl Liebkecht, Ausgewählte Reden und Aufsätze, Berlin 1952, S.296-301.

Beherzigen wir in Erinnerung an Erwin Eckert den Appell von Erich Mühsam „Wollt ihr denen Gutes tun, die der Tod getroffen, Menschen, lasst die Toten ruhn und erfüllt ihr Hoffen“.

Kämpfen wir gegen die Mobilisierung für den 4. Weltkrieg, der in einer atomaren Apokalypse enden kann, damit wir am Ende unseres Lebens mit Friedrich Hölderlin sagen können: „Wir, so gut es gelang, haben das Unsre getan.“⁸⁹

⁸⁹ Friedrich Hölderlin, Der Gang aufs Land. In: Sämtliche Werke. 6 Bände, Band 2, Stuttgart 1953, S. 87-89.